

[Startseite](#) [Nachrichten](#)

STREIT UM DIE GEWERBESTEUER

Wirtschaft wehrt sich gegen Erhöhung

Die geplante Erhöhung der Gewerbesteuer entwickelt sich zum politischen Knackpunkt in der Etat-Runde 2011. Während sich gestern auch die Tübinger Wirtschaft e.V. mit einem harten Kontra zu Wort meldete, warb OB Boris Palmer bei der IHK um Verständnis für eine „maßvolle Anhebung“.

Tübingen. Wenn sich der Gemeinderat am 21. Februar über den Etat-Entwurf für 2011 hermacht, hat er auch darüber zu entscheiden, ob die Unistadt die örtlichen Betriebe künftig stärker zur Kasse bittet. Wie berichtet, möchte die Verwaltung den seit 1990 unveränderten Hebesatz von 360 auf 380 Prozent erhöhen. Davon verspricht man sich eine Steigerung der Gewerbesteuer-Einnahmen um 1,2 auf 26 Millionen Euro.

Bei der Einbringung des Etats hat OB Boris Palmer die Erhöhung so begründet: „Nachdem wir zuletzt alle Bürger mit der höheren Grundsteuer belastet haben, darf man jetzt, da es der Wirtschaft gut geht, auch von den örtlichen Betrieben einen zusätzlichen Beitrag zur Konsolidierung unserer Finanzen erwarten.“ Doch just mit dem Hinweis auf die 2010 erhöhte Grundsteuer hat der Oberbürgermeister nach Ansicht des Vereins Tübinger Wirtschaft selber das beste Argument gegen eine höhere Gewerbesteuer geliefert.

Wie der Verein, der knapp 70 Unternehmen repräsentiert, jetzt in einer Presseerklärung kundtat, wurden die hiesigen Betriebe durch die „gewaltige Erhöhung“ des Grundsteuer-Hebesatzes von 475 auf 560 Prozent „schon mehr als genug belastet“. Dazu hätten viele Firmen mit ihren „naturgemäß großen versiegelten Flächen“ auch noch „in besonderer Weise“ unter der gesplitteten Abwassergebühr zu leiden.

Firmen brauchen jeden Euro – die Stadt auch

Mit einem Hebesatz von 360 Prozent, so heißt es weiter, lange Tübingen bei der Gewerbesteuer schon jetzt kräftiger zu als alle anderen Kreisgemeinden. Deshalb brächte eine Steigerung die örtlichen Betriebe im Wettbewerb mit der umliegenden Konkurrenz „weiter ins Hintertreffen“. Zu beachten sei auch, dass viele Firmen „gerade im Aufschwung jeden Euro benötigen“, um das wachsende Geschäftsvolumen vorfinanzieren zu können.

Nach Ansicht des Vereins profitiert die Stadt am meisten von der Gewerbesteuer, wenn es den Unternehmen gut geht. Ebendies sei aber nicht zu erreichen, wenn man ausgerechnet die Betriebe, die in der Krise ein stabilisierender Faktor gewesen seien, nun mit einer Steuererhöhung abstrafe. Vielmehr müsse man im Rathaus für ausreichende Gewerbeareale und Bauplätze für Führungskräfte sowie für flexible Genehmigungsverfahren und eine aktive Wirtschaftsförderung sorgen. Und schließlich seien höhere Steuern schon deshalb tabu, weil die Einnahmen der Stadt bereits wieder nach oben gingen.

Dieser Aussage widerspricht OB Palmer in seinem Brief an die IHK ganz entschieden: „Die finanzielle Lage der Stadt ist immer noch äußerst unbefriedigend.“ Sparen allein reiche da nicht aus. Um einen genehmigungsfähigen Etat zu bekommen, sei eine „maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer unumgänglich“. Das Geld werde insbesondere für die Kinderbetreuung gebraucht, die „optimale Bedingungen für Spitzenkräfte“ biete und damit der Tübinger Wirtschaft einen Vorteil im Standort-Wettbewerb verschaffe.

Wichtig ist Palmer zudem der (vom Wirtschaftsverein teilweise bestrittene) Hinweis, dass zwei Drittel aller Betriebe den Aufschlag gar nicht zu spüren bekämen. Denn als Einzelunternehmen und Personengesellschaften könnten sie die Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer anrechnen. Dass Tübingen mit dem angepeilten Hebesatz von 380 Prozent einen Spitzenplatz im Land einnehme, wie häufig beklagt wird, lässt Palmer nicht gelten. Damit rücke die Unistadt nur auf das Reutlinger Niveau auf, reiche aber noch lange nicht an Heidelberg und Freiburg (jeweils 400) und Stuttgart (420) heran.

sep

04.02.2011 - 08:30 Uhr

Empfehlen

Registrieren, um die
Empfehlungen deiner
Freunde sehen zu
können.

0